

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.05.2017 Drucksache 17/17101

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Martin Stümpfig, Thomas Mütze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/15857, 17/16903

Ausbreitung der Vogelgrippe und Stallpflicht für Nutzgeflügel

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über die Ausbreitung der Vogelgrippe und die Stallpflicht für Nutzgeflügel schriftlich zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welches Futter wird in der Putenmast oder in der Hähnchenmast eingesetzt?
- Woher stammt das Futter in der Putenmast oder in der Hähnchenmast?
- Woher stammt die Einstreu in der Putenmast oder in der Hähnchenmast?

- Gibt es Untersuchungen zu Auffälligkeiten bei Futter- oder Einstreuherkunft in von der Vogelgrippe betroffenen Puten- oder Hähnchenbetrieben?
- Wäre ein Eintrag von Vogelgrippeviren über Futter oder Einstreu plausibel und wird dies untersucht?
- Woher stammen die Putenküken oder Hähnchenküken?
- Was passiert mit verendeten Puten oder Hähnchen während der Mast?
- Wäre ein Eintrag von Vogelgrippeviren über Küken plausibel und wird dies untersucht?
- Wird die Entsorgung verendeter Puten oder Hähnchen amtlich kontrolliert?
- Könnten illegal entsorgte Puten oder Hähnchen ein Virenreservoir darstellen?
- Wie werden die Auswirkungen der Stallpflicht auf Geflügel in Freilandhaltung, Straußenvögel und Rassegeflügel unter Tierschutzgesichtspunkten bewertet?
- Unter welchen Randbedingungen wird beabsichtigt, die Stallpflicht aufzuheben oder zu lockern?
- Nach wie vielen Monaten gilt ein Vogelgrippenachweis als nicht mehr relevant?
- Unter welchen Bedingungen wird die Stallpflicht wie in anderen Bundesländern auf einige Risikogebiete beschränkt?
- Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung Landwirtinnen bzw. Landwirte bei dem durch die Aufstallung bedingten Mehraufwand finanziell zu unterstützen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin